

ABRÜSTEN STATT AUFRÜSTEN

» Keine Erhöhung der Rüstungsausgaben – Abrüsten ist das Gebot der Stunde «

| März 2018 |

Erklärung des Arbeitsausschusses:

„ABRÜSTEN STATT AUFRÜSTEN“...

... und der Einsatz für eine Politik der internationalen Entspannung ist das Gebot der Stunde! Die Zivilgesellschaft ist gefordert sich friedenspolitisch einzumischen. Die aktuelle politische internationale und nationale Lage zeigt, dass unsere friedenspolitischen Bemühungen um Abrüstung weiterhin erforderlich sind.

Angesichts der Mehrheitsverhältnisse, wie sie in der Bundestagswahl im September 2017 zum Ausdruck gekommen sind, findet sich im Bundestag offensichtlich keine ausreichende Unterstützung für eine ambitionierte Umsetzung friedenspolitischer Forderungen. Dies gilt besonders für Abrüstung und einer deutlichen Absage an das „2-Prozent-Ziel“. Hier fehlt auch dem schwarz-roten Koalitionsvertrag die nötige Klarheit.

Wir sagen Nein zur Erhöhung der Militärausgaben, wir brauchen das Geld für zentrale Felder der sozialökologischen Transformation unseres Landes und für die Erhöhung der Ausgaben in der Entwicklungszusammenarbeit. Das muss auf jeden Fall erfolgen.

Es bleibt: Die Öffentlichkeit muss weiterhin und verstärkt informiert und aufgeklärt werden, was die sozialen, ökologischen und bildungspolitischen Konsequenzen einer Erhöhung der Ausgaben für die Rüstung um ca. 30 Milliarden € bedeuten. Die Herausforderung ist das öffentliche Meinungsklima für Frieden und Abrüstung zu beeinflussen. Auch in dieser Legislaturperiode bleibt es eine wichtige Aufgabe, auf die friedenspolitische Willensbildung hinzuwirken und zu mobilisieren und darüber auch Einfluss auf Parteien und die Bundesregierung zu nehmen.

Deswegen werden wir die Unterschriftensammlung unter dem Aufruf „Abrüsten statt Aufrüsten“ fortsetzen

und intensivieren. Wir wenden uns an die Aktiven in den Gewerkschaften, den sozialen Bewegungen und der Friedensbewegung: Macht die Unterschriftensammlung noch mehr als bisher schon geschehen zu Eurer Sache. Wir rufen auf:

Beteiligt euch in diesem Sinne an den Ostermärschen 2018!

Nur eine zahlreiche Teilnahme zeigt, dass vielen Menschen Frieden und Abrüstung wirklich wichtig sind, nur mit vielen können wir Abrüstung wieder zu einem gesellschaftlichen Thema machen und auch durchsetzen.

Berlin, den 05. März 2018



Make peace great again © Lucas Wirl

Die Rüstungsspirale stoppen:

DEN WEG DER ZIVILEN KONFLIKTBEARBEITUNG NUTZEN

Der Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD ist friedenspolitisch äußerst besorgniserregend. Statt die zivile Konfliktprävention zu stärken, wird eine massive Aufrüstung und Militarisation angekündigt. Wenn die angestrebte Steigerung der Militärausgaben auf 2% der Wirtschaftsleistung umgesetzt wird, stiegen die Ausgaben für Aufrüstung (inkl. Entwicklungszusammenarbeit) in fünf Jahren um bis zu 30 Mrd. Euro. Das bedeutet nahezu eine Verdoppelung und ist in der Geschichte der Bundesrepublik einmalig. Damit fließen riesige Summen in Aufrüstung anstatt in Diplomatie, Krisenprävention und zivile Konfliktbearbeitung. Dem widersprechen wir: Gemeinsam mit vielen anderen Friedensinitiativen und UnterstützerInnen aus Politik, Gewerkschaften, Kirchen und Kultur wendet sich die IPPNW mit dem Aufruf „Abrüsten statt aufrüsten“ an die PolitikerInnen. Wir fordern, die militärische Aufrüstung zu stoppen, Feindbilder und Spannungen abzubauen und stattdessen in Konfliktprävention zu investieren.

Eine fundamentale Wende ist zudem in der deutschen Rüstungsexportpolitik notwendig. Laut Koalitionsvertrag sollen die Rüstungsexporte zwar eingeschränkt und die Rüstungsexportrichtlinien geschärft werden. Doch dieses Versprechen haben SPD und CDU/CSU bereits in der letzten Legislaturperiode abgegeben. Passiert ist das Gegenteil: Die große Koalition genehmigte deutlich mehr Rüstungsexporte als die Vorgängerregierung. Der Export von Kleinwaffen stieg um 47 Prozent, deutsche Waffenexporte an besonders problematische Drittländer wurden massiv ausgeweitet. Verkauft werden die Waffen auch an kriegsführende Staaten, die damit schwere Menschenrechtsverletzungen verüben und Tausende Menschen in die Flucht treiben oder töten. So kommen deutsche Kampfpanzer vom Typ Leopard aktuell in dem völkerrechtswidrigen Krieg der Türkei gegen die Bevölkerung in Nordsyrien zum Einsatz.

Kein gutes Vorzeichen ist zudem, dass der im Sondierungsvertrag vereinbarte Rüstungsexportstopp nach Saudi-Arabien wieder aufgeweicht wurde: Altaufträge sollen noch umgesetzt werden dürfen. Dabei führt das Land im Jemen

einen Krieg, der nach UN-Angaben bisher mehr als Zehntausend Opfer gefordert hat. Die ohnehin schwache Infrastruktur des verarmten Landes wurde zerstört, Gesundheitswesen, Müllabfuhr, Wasser- und Abwassersystem sind zusammengebrochen. Laut WHO sind bis Ende Januar mehr als 1 Millionen Menschen an Cholera erkrankt. Mehr als 2.200 Menschen starben bereits an der Krankheit. Den Krankenhäusern fehlt alles vom Wasser bis zur Chemotherapie. Für uns als Aktive aus Heilbrunn zeigt sich hier wieder einmal der fatale Zusammenhang zwischen Krieg und Bedrohung der Gesundheit.

Deutsche Waffen töten in aller Welt – auch wenn es keine offiziellen Rüstungsexporte gibt, finden sie ihren Weg: So wird das G3-Maschinengewehr von Heckler und Koch laut Jürgen Grässlin beispielsweise im zerrütteten Somalia sowohl von den Milizen als auch von der Armee eingesetzt. Und auch im Südsudan, wo Millionen Menschen auf der Flucht sind und die Hälfte der Bevölkerung vom Hungertod bedroht ist, wird mit deutschen Waffen getötet. Das G3 ist weitverbreitet. In den 1980er Jahren wurden die Sturmgewehre aus Saudi-Arabien geliefert, seit den 1990ern u.a. aus dem Iran, der seit 1967 eine Lizenz von Heckler & Koch zum Bau besitzt.

Die Produktion von Waffen und Rüstungsgütern muss eingestellt werden. Auf dem Weg dahin brauchen wir eine Umstellung der Rüstungsindustrie auf zivile Produktion und zunächst die strikte Verhinderung von Exporten an menschenrechtsverletzende und kriegsführende Staaten. Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, sind wir Teil des Bündnisses „Frieden geht“ - ein Staffellauf gegen Rüstungsexporte vom 21. Mai bis 2. Juni 2018 einmal quer durch Deutschland - von Oberndorf bis Berlin. Mehr unter: www.frieden-geht.de.

Aber zunächst einmal beteiligen wir uns an den Ostermärschen 2018 und freuen uns, wenn viele mit uns in diesen gefährlichen Zeiten für eine nachhaltige Sicherheit ohne Militär und Krieg auf die Straße gehen. Mehr unter: www.friedenskooperative.de/termine/ostermarsch

Susanne Grabenhorst
Vorsitzende der IPPNW Deutschland

SOZIALES RAUF & RÜSTUNG RUNTER

Der Sozialverband SoVD ruft zur Solidarität mit den Opfern von Krieg und Verfolgung auf: Die Bundesregierung muss deutsche Waffenexporte in Krisenregionen umgehend stoppen. Stattdessen sollte es Ziel der Politik sein, Kriegsursachen friedlich zu bekämpfen. Sozialer Ausgleich ist dabei von zentraler Bedeutung.

Keine Bundesregierung hat in den vergangenen Jahren mehr Rüstungsexporte ermöglicht als die Große Koalition. Aktuelle Zahlen zeigen deutlich, um was es geht. Zwischen 2013 und 2017 genehmigte die Bundesregierung rund 40 Prozent mehr an Rüstungslieferungen in Staaten außerhalb von EU und NATO, als die schwarz-gelbe Vorgängerregierung zwischen 2009 und 2013. Das heißt im Klartext, dass Deutschland immer mehr Rüstungsgüter in Spannungsgebiete exportiert. Über die konkreten Folgen der Waffengeschäfte wird in diesen Tagen viel berichtet. Es sind Berichte, in denen von zivilen Opfern und Grausamkeiten die Rede ist. Es geht zum Beispiel um Leopard-2-Panzer, die in der nordsyrischen Region Afrin im Rahmen einer Militäroffensive eingesetzt werden. Die Panzer sollen dort Umfassungsoperationen ermöglichen, um Städte einzukesseln. Wie ist es möglich, dass in

Deutschland produzierte Waffen in diesen Gebieten und mit diesen Zielen zum Einsatz kommen? Immerhin lassen die Ereignisse durchaus die Diskussion darüber zu, ob von deutschem Boden Krieg ausgeht. Und das widerspricht dem Verfassungsgebot, wonach Krieg geächtet ist. Dafür gibt es gute Gründe, wie wir aus der Geschichte wissen.

Es klingt banal und kann dennoch nicht oft genug wiederholt werden: Militärische Konflikte bringen Elend, Leid und Hass hervor. Sie schaffen tiefgreifende Probleme und führen zwangsläufig zu schweren körperlichen und seelischen Belastungen der Betroffenen. Leidtragende sind Zivilisten, Kinder, Frauen und Männer, egal welchen Alters. Gegen Ende des Ersten Weltkriegs, der von Historikern zutreffend als „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ charakterisiert wird, gründeten diese Leidtragenden einen Kriegspferverband, den Reichsbund.

Der Verband trägt heute den Namen Sozialverband SoVD. Über 570 000 Mitglieder vereint der SoVD, der weiterhin wächst. Dort bilden auch gegenwärtig Menschen eine Gemeinschaft, die wissen, dass es durchaus möglich ist, die wahren Gründe für Krieg und Gewalt friedlich anzugehen. Friedensforscher sind sich einig, dass insbesondere auf sozialer Ungerechtigkeit beruhende Gesellschaftssysteme von Kriegen betroffen sind. „Sozioökonomische Heterogenität“ lautet oftmals der Befund, wenn Gesellschaften mit Blick auf Krisen- und Kriegsanfälligkeit von Konfliktforschern untersucht werden.

Um Frieden zu schaffen, bedarf es stabiler Gesellschaften. Unbedingte Voraussetzung ist hierfür sozialer Frieden, der immer dann bedroht ist, sobald materielle und immaterielle Ressourcen ungleich verteilt sind. Denn daraus ergeben sich sehr unterschiedliche Möglichkeiten zur Teilhabe. Und hier muss eine kluge Politik ansetzen, wenn sie das Ziel hat, kriegerische Auseinandersetzungen präventiv zu vermeiden. Wie effektiv ein funktionierender Sozialstaat zum Friedenserhalt beiträgt, das zeigt die deutsche Geschichte nach 1945. Diese Erkenntnis sollte die Bundesregierung in Krisenregionen exportieren, anstatt Waffengeschäfte zu erlauben.

Adolf Bauer
Präsident des Sozialverband SoVD



WARUM WIR DEN AUFRUF UNTERZEICHNET HABEN



Willi Hoffmeister

Sprecher Ostermarsch Ruhr

► Als Schüler erlebte ich den zweiten Weltkrieg und das „Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg“ prägte meine Jugendzeit nach der Niederschlagung des deutschen Faschismus. Nicht zuletzt die Auferstehung der alten Kanonenkönige in den westlichen Besatzungszonen, die Remilitarisierung und Wiederbewaffnung, der Griff nach der Atomteilhabe mit der Bemerkung dazu von Bundeskanzler Konrad Adenauer, die Bombe sei ja nur: „eine Weiterentwicklung der Artillerie“, machten mich zum Friedensaktivisten. So wurde ich in Folge der vielfältigen Friedensaktionen, des Kampfes gegen den Atomtod, 1961 einer der ersten Ostermarschierer an der Ruhr. 1963 als „Kampagne für Abrüstung“ und dann mit der Beteiligung weiterer gesellschaftspolitischer Gruppen zur Massenbewegung angewachsen, wurden die Ostermärsche 1968 zur „Kampagne für Demokratie und Abrüstung“. Es war ein Fehler zu glauben, mit der Entspannungspolitik durch die sozialliberale Regierung Brandt in den 1970er Jahren sei der unterstützende Druck durch die außerparlamentarische Bewegung überflüssig geworden. So war es dann Kanzler Schmidts „NATO Doppelbeschluss“, der die Ostermarsch-Bewegung zur erneuten Höchstform trieb. Der Krefelder Appell unter der Überschrift: „Der Atomtod bedroht uns alle – keine Atomraketen in Europa“, mit seinen rund 5 Millionen Unterschriften und die Bonner Friedensversammlung waren herausragende Momente der 1980er Jahre. Bei allen jährlichen Aktionen der Friedensbewegung sind die Ostermärsche bis heute die größte an einem Wochenende in der Bundesrepublik stattfindende Friedensaktivität. Angesichts der Aufrüstungspolitik ist die Kampagne: „Abrüsten statt Aufrüsten“, hochaktuell und wird zu Ostern viele der Märsche prägen.



Eugen Drewermann

Theologe

► Die Situation der Gegner des Krieges ist zu vergleichen mit der Lage der griechischen Trojanerin Cassandra. Sie war von Apollo damit bestraft worden, weil sie ihm die Liebe verweigerte, alles sehen zu müssen und verkünden zu sollen, ohne je Gehör und Gefolgschaft zu finden. Wir, die Friedensbewegung, sehen den Aufmarsch von einem Krieg in den nächsten, wir erklären, wie das Ende dieses Desasters sein wird, aber die Politiker scheinen taub zu sein, wenn wir sie hinweisen auf all das, was weder dem Frieden, noch der Gerechtigkeit, noch dem Zusammenwachsen der Völker dienen kann. (...) Allein die Rüstungsausgaben sind ein laterales Hinmorden der Bedürftigsten und wir in Deutschland bereiten uns darauf vor, dass die 35 Milliarden Euro für Rüstungsrach auf über 70 Milliarden anwachsen sollen. (...) Stellen Sie sich vor, wir hätten nur in den letzten 25 Jahren die enormen Anstrengungen für Rüstung konvertieren können, zur Lösung der wirklichen Probleme dieser Welt - Hunger, Elend, Naturzerstörung, Analphabetismus, Seuchen, Krankheiten, was Sie wollen. (...) Wann begreifen wir endlich, dass Krieg kein Problem löst, aber alle bestehenden Probleme nur vermehren kann? (...) Vor 200 Jahren konnte Immanuel Kant bereits klar und deutlich formulieren, dass solange aufgerüstet wird, die Option des Krieges vorbereitet wird und (dass) schon die Kosten des Krieges verbrecherisch sind - in Ansehung der Ungerechtigkeit und des Leids, das damit einhergeht. Es ist widersinnig, auf diese Weise Frieden präparieren zu wollen, denn wo der eine seine Kriegsbereitschaft durch Rüstung dokumentiert, wird der Nachbarstaat oder der angezielte potentielle Gegner genau so rüsten. Und er wird schlimmer rüsten müssen, als der andere, denn nur der Überlegene wird auch auf dem Schlachtfeld überleben. Krieg wird sich immer weiter steigern.



Margot Käßmann

Theologin

► Und schließlich geht es um Aufrüstung. Statt jetzt aber Friedensmissionen, Freiwillige oder Mediationsexpertinnen zu entsenden, drängen US-Präsident Trump und sein Außenminister Rex Tillerson darauf, dass die NATO-Mitgliedstaaten ihre Militärausgaben auf zwei Prozent des Bruttosozialproduktes erhöhen. Der Anteil der Verteidigungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) liegt in Deutschland bei 1,2 Prozent, das sind 37 Milliarden Euro. Erwartet werden demnach mehr als 70 Milliarden! Wollen wir das?



Proteste gegen Rheinmetall Rüstungsexporte © IPPNW

Mehr Geld für Kriegs- oder Gesundheitsdienste?



Vorgesehen sind:

30 Mrd. Euro p.a. zusätzlich für die Aufrüstung gemäß NATO-Vorgaben (2% des BIP) u.a. um für "weltweite Verantwortung" verstärkt Auslandseinsätze vornehmen zu können



Nicht vorgesehen sind:

5 Mrd. Euro p.a. zusätzlich für bedarfsgerechte Pflege und angemessene Bezahlung. In Krankenhäusern, Pflegeheimen und ambulant sind 1.1 Millionen Menschen beschäftigt, zumeist schlecht bezahlt und völlig überlastet. Aktuell fehlen mindestens 100.000 Pflegekräfte. In einigen Jahren könnten sogar mind. 200.000 zusätzlich gebraucht werden.

Quellen: 730.000 Beschäftigte in Krankenhauspflege, 355.000 Beschäftigte in ambulanter Pflege (inkl. hohem Teilzeit-Beschäftigtenanteil). ver.di fordert 70.000 zusätzliche Pflegestellen in Krankenhäusern. Deutscher Pflegerat: mind. 50.000 Stellen in Krankenhäusern und 50.000 in Langzeitpflege als Sofortprogramm. Expertenrechnung: Bedarf von 100.000 in Krankenhäusern. Eine examinierte Vollzeit-Pflegekraft kostet 50.000 Euro Arbeitgeberbrutto.

Militärische Infrastruktur oder ÖPNV-Nulltarif?



30 Mrd. Euro p.a. mehr für die Rüstung gemäß NATO "2% BIP" u.a. um die militärische Infrastruktur für schnelle Truppenverlegungen nach Osteuropa zu schaffen (Aktionsplan zur Verbesserung der militärischen Mobilität)

Alternativ:

15 Mrd. Euro p.a. für sozial-ökologische Verkehrswende.



Was der Nulltarif im ÖPNV kosten würde:

13 Mrd. Euro durch Wegfall der jährlichen Einnahmen bei öffentlichen Verkehrsunternehmen durch ÖPNV-Nutzer. 2 Mrd. Euro durch zusätzliche Investitionen in die Infrastruktur des ÖPNV für ein erhöhtes Fahrgastaufkommen.

Was der Nulltarif im ÖPNV bringen würde:

- weniger Tote durch Luftverschmutzung (derzeit 400.000 Menschen jährlich in der EU)
- weniger Lärmbelastung und Gesundheitsschäden durch Straßenverkehr
- finanzielle Entlastung unterer Einkommensgruppen
- mehr öffentlich nutzbare Flächen in Innenstädten statt Pkw-Parkflächen

Quellen: ÖPNV-Kosten gemäß VDV, Mortalitätsrate nach EU-Angabe

ANZEIGE



„Kampf dem Atomtod“-Demonstration der Naturfreundejugend (1959).

NaturFreunde sind seit Jahrzehnten Teil der Friedensbewegung. Rund 400 Naturfreundehäuser in Deutschland bieten Pazifisten und Rüstungsgegnern viel Platz für Tagungen und Seminare - auch in deiner Nähe.

www.naturfreundehaus.de



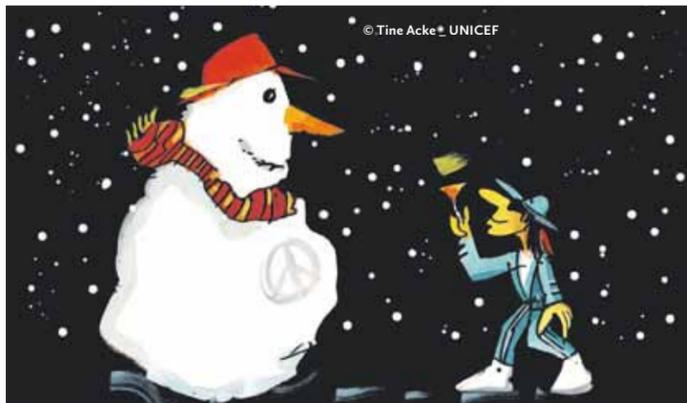
Reiner Hoffmann

Vorsitzender des DGB

► Mehr Waffen und Rüstung machen den Weltfrieden nicht sicherer, im Gegenteil! Deshalb wendet sich der DGB mit Nachdruck gegen eine neue Rüstungsspirale und engagiert sich für Abrüstung: Die Militärausgaben der NATO-Staaten sollen auf zwei Prozent der Wirtschaftsleistung (BIP) erhöht werden. Für Deutschland würde dies eine Erhöhung von heute jährlich 37 Milliarden auf über 65 Milliarden bedeuten.

Natürlich benötigen die Angehörigen der Bundeswehr eine sichere Ausrüstung und gute Arbeitsbedingungen. Dies rechtfertigt aber in keiner Weise eine Steigerung der Aufrüstungsausgaben in Höhe von 28 Mrd. Euro. Eine absurde Idee angesichts des immensen Investitionsstaus, den wir dank der Politik der schwarzen Null inzwischen bei Schulen, Kitas, Ausbildung und Beschäftigung vor uns her schieben. Hier werden diese Milliarden dringend gebraucht, genau wie bei der Stabilisierung des Rentensystems, der Integration von Geflüchteten, der Verbesserung der kommunalen Infrastruktur, beim sozialen Wohnungsbau, Verkehrswegebau und bei Umweltmaßnahmen.

Den Frieden in der Gesellschaft stellen wir dann auf eine gute Grundlage, wenn wir in die Dinge investieren, die den Menschen ein gutes Leben, soziale Sicherheit und Teilhabe an der Gesellschaft auf Augenhöhe ermöglichen. Noch mehr Geld in Rüstung und Militär zu stecken, ist der völlig falsche Weg.



Udo Lindenberg

Künstler

► Ich denke an das John Lennon-Lied "Imagine": You may say I'm a dreamer ... Träumt einer alleine, bleibt es ein Traum. Träumen wir aber zusammen, wird es Realität. Und Frieden muss doch irgendwann Realität werden. Das scheint ne unmögliche Vision zu sein, bei all den Konflikten überall auf der Welt. Mehr und mehr Leute müssen aufstehen und sagen: Stoppt die ganzen Idioten, machtgeilen Ego-Deppen, Kriegstreiber und die Rüstungsindustrie. Die Menschen nehmen Kriege hin, als wären es unabänderliche Naturgewalten.

Nein, der ganze Scheiß ist von Menschen gemacht. Ich träume von dem Tag, an dem das Weltgewissen auf-

wacht und laut und fordernd wird und den Wahnsinn stoppt. Ich weiß, den Traum vom Frieden haben ja praktisch alle Menschen. Wir müssen ihn endlich umsetzen. Lass uns zusammen wieder ne machtvolle Friedensbewegung aufbauen. Es ist doch absurd, dass Menschen sterben für die Gier der Waffenindustrie, für Nationalgedusel oder manchmal auch für Götter. Religionskriege – Mensch, leben wir denn immer noch n paar Hundert Jahre zurück? Außerdem: Die Aufrüstung, die momentan läuft, verschlingt so unvorstellbar viel Kohle, davon könnte man alle Menschen auf dieser Welt mühelos ernähren. Alle!!! Kein Kind müsste mehr verhungern.



Jürgen Grässlin

Bundessprecher der DFG-VK

► Die Bundesregierung will die Rüstungsausgaben in den kommenden Jahren verdoppeln. Diese Fehlsteuerung wird fatale Folgen zeitigen. Denn wer noch mehr Waffen produziert, wird diese – das belegen die dramatischen Erfahrungen der Vergangenheit – auch auf dem Weltmarkt verkaufen. Während der Großen Koalition von 2013 bis 2017 wurden beim Waffenhandel neue Rekordhöhen erklommen. Am schlimmsten war das Jahr 2015 mit Ausfuhrgenehmigungen von 12,8 Milliarden Euro. Unter Bruch deutscher Rüstungsexportgesetze wurden Repressoren und Diktatoren in Krisen- und Kriegsgebieten mit deutschen Waffen an der Macht stabilisiert. Rüstungsexporte müssen gestoppt, Rüstungsindustrie muss zur nachhaltigen zivilen Fertigung konvertiert werden.

DGB-Bezirkskonferenz Niedersachsen - Bremen - Sachsen-Anhalt 3. Februar 2018 Abrüsten statt aufrüsten.

Die Konferenz möge beschließen:

Die DGB Bezirkskonferenz fordert den DGB Bezirksvorstand auf, die Initiative des Netzwerkes Friedenskooperative "Abrüsten statt aufrüsten" zu unterstützen. Der DGB Bezirk Niedersachsen Bremen Sachsen-Anhalt wirbt bei Mitgliedern und Bündnispartnern für die Unterstützung des Aufrufs "Abrüsten statt aufrüsten." Der DGB Bezirk Niedersachsen Bremen Sachsen-Anhalt macht darüber hinaus zukünftig gemeinsam mit der Friedensbewegung und weiteren Bündnispartnern Druck zur Erreichung dieser Forderungen. Die Konferenz fordert den DGB-Bezirksvorstand auf, das Anliegen auf die Bundesebene zu transportieren.

Begründung:

In dem Grundsatzprogrammen und Satzungen sowie in vielzähligen Beschlüssen auf den Kongressen der DGB Gewerkschaften und auch des DGB auf allen Organisationsebenen finden sich die Überzeugungen und die Aufgaben für die Demokratie und den Frieden einzutreten wieder. In den Einzelgewerkschaften gibt es immer wieder - auch anlassbezogen - Aktivitäten und Arbeitsgruppen zu diesen Themen. Gerade die Angriffe auf unsere demokratische Grundordnung durch Rechtspopulisten und dort einzuordnende Gruppierungen und auch auf die Demokratie in Europa machen es notwendig, sichtbare Zeichen für die Stärkung der Demokratie als Element einer aktiven Friedenspolitik zu setzen.

Anhang Abrüsten statt aufrüsten:

Die Bundesregierung plant, die Rüstungsausgaben nahezu zu verdoppeln auf zwei Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung (BIP). So wurde es in der NATO vereinbart. Zwei Prozent, das sind mindestens weitere 30 Milliarden Euro, die im zivilen Bereich fehlen, so bei Schulen und Kitas, sozialem Wohnungsbau, Krankenhäusern, öffentlichem Nahverkehr, Kommunaler Infrastruktur, Alterssicherung, ökologischem Umbau, Klimagerechtigkeit und internationaler Hilfe zur Selbsthilfe. Auch sicherheitspolitisch bringt eine Debatte nichts, die zusätzlich Unsummen für die militärische Aufrüstung fordert. Stattdessen brauchen wir mehr Mittel für Konfliktprävention als Hauptziel der Außen- und Entwicklungspolitik. Militär löst keine Probleme. Schluss damit. Eine andere Politik muss her.

Damit wollen wir anfangen: Militärische Aufrüstung stoppen, Spannungen abbauen, gegenseitiges Vertrauen aufbauen, Perspektiven für Entwicklung und soziale Sicherheit schaffen, Entspannungspolitik mit Russland, verhandeln und abrüsten. Diese Einsichten werden wir überall in unserer Gesellschaft verbreiten. Damit wollen wir helfen, einen neuen Kalten Krieg abzuwenden. Keine Erhöhung der Rüstungsausgaben - Abrüsten ist das Gebot der Stunde.

Aufruf zum Ostermarsch Rhein Ruhr 2018

Abrüsten statt aufrüsten – Atomwaffen abschaffen – Friedenspolitik statt Konfrontation!



Krieg und Terror in zahlreichen Regionen der Welt: in Syrien, im Irak, in Mali, im Jemen, in Afghanistan ... In Europa spitzt sich die Konfrontation zwischen NATO und Russland durch gefährliche Militärmanöver und Truppenaufmärsche zu. Bei all dem sind deutsche Soldaten und Waffen mit im Einsatz. „Die Bundesregierung plant, die Rüstungsausgaben nahezu zu verdoppeln, auf zwei Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung (BIP). So wurde es in der NATO vereinbart. Zwei Prozent, das sind mindestens weitere 30 Milliarden Euro, die im zivilen Bereich fehlen (...). Auch sicherheitspolitisch bringt eine Debatte nichts, die zusätzlich Unsummen für die militärische Aufrüstung fordert. (...) Diese Einsichten werden wir überall in unserer Gesellschaft verbreiten. Damit wollen wir helfen, einen neuen Kalten Krieg abzuwenden.“

Wir unterstützen diesen schon von weit über 20.000 Menschen unterzeichneten Appell der Initiative www.abruesten.jetzt. Gemeinsam mit vielen Freundinnen und Freunden des Friedens bundesweit ruft der Ostermarsch Rhein-Ruhr alle Menschen auf, gegen diesen Rüstungswahnsinn und für eine Welt der Zusammenarbeit und Solidarität aller Menschen zu demonstrieren!

Setzen Sie sich gemeinsam mit uns ein für:

Abrüstung statt Aufrüstung! Frieden schaffen ohne Waffen!



Anti-SiKo Proteste © Leonie Schmid

Die Koalitionsvereinbarung ist interpretationsbedürftig

FRIEDENSPOLITIK BRAUCHT KLARHEIT

Wie heißt es doch: Der Stra- tege mit einem sowohl als auch, der fällt als erster auf den Bauch. Hoffen wir, dass dieser Bauernspruch nicht auch auf die Auslegung der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU/CSU und SPD zutrifft. Denn wichtige Aussagen sind interpretationsbedürftig, nicht unerwartet als Folge der Kooperation von zwei Partnern, die in der Außen- und Sicherheitspolitik unterschiedliche Positionen vertreten. Dennoch sind zentrale Prinzipien deutscher Friedenspolitik für eine Welt im Umbruch beschrieben, die als Gegenpol zur derzeitigen amerikanischen Außenpolitik verstanden werden. Die wichtigste Forderung heißt: Wir brauchen eine neue Entspannungspolitik.

Gut ist, dass sich der Vertrag zur Agenda 2030 der UNO bekennt, zur Stärkung der Europäischen Union oder zur Erhöhung der Entwicklungshilfe. Natürlich erhebt die Friedensbewegung viel weitergehende Forderungen - vor allem in der Abrüstung. Gerade hier müssen die Aussagen hinterfragt

werden. Was bedeutet im Koalitionsvertrag das Bekenntnis zum „Weißbuch der Bundeswehr 2016 als unverzichtbarer Bestandteil deutscher Sicherheitspolitik“, in dem sich die Verfasser für einen Verteidigungshaushalt von 2 Prozent des BIP aussprechen? Was heißt „Schließung von Fähigkeitslücken der Bundeswehr“? Wie lässt sich die geplante Europäisierung und gemeinsame Planung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik („Armee der Europäer“) mit dem Prinzip der Parlamentsarmee vereinbaren? Wie soll das „gesonderte Finanzinstrument für Ertüchtigungsprojekte im Sicherheitsbereich auf EU-Ebene“ aussehen, wer kontrolliert es und um welche Summen geht es? Und was ist mit einer „engeren Zusammenarbeit der EU mit der NATO“ gemeint?

Obwohl es vielleicht taktisch gut gemeint ist, halte ich es für bedenklich, die Erhöhung der Finanzmittel für Krisenprävention und Entwicklungszusammenarbeit an den Verteidigungshaushalt zu koppeln. „Deutschland wird verbindlich mit die-

ser Haushaltspolitik und der Koppelung von Verteidigungsausgaben und ODA-quotenfähigen Ausgaben sowohl dem Zielkorridor der Vereinbarungen in der NATO folgen als auch den internationalen Verpflichtungen zur weiteren Steigerung der ODA-Quote nachkommen.“ Konkret bedeutet das, insgesamt 60 Mrd. Euro mehr für beide Etats auszugeben. Die Ausweitung der Entwicklungszusammenarbeit darf nicht daran gekoppelt werden, dass in dem Umfang auch mehr Geld für Militär und Rüstung ausgegeben wird. Das hieße, die Entwicklungszusammenarbeit in Haftung von Rüstung und Militär zu nehmen.

Wir sagen Nein zu einer Erhöhung der Militärausgaben, wir brauchen das Geld für zentrale Felder der sozial-ökologischen Transformation unseres Landes und für die Entwicklungszusammenarbeit - für die innere und äußere Friedenssicherung. Sie müssen auf jeden Fall kommen. Die Friedensbewegung ist gefragt.

Michael Müller



Anti-SiKo Proteste © Leonie Schmid

Aufruf:

Abrüsten statt Aufrüsten!

Die Bundesregierung plant, die Rüstungsausgaben nahezu zu verdoppeln, auf zwei Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung (BIP). So wurde es in der NATO vereinbart.

Zwei Prozent, das sind mindestens weitere 30 Milliarden Euro, die im zivilen Bereich fehlen, so bei Schulen und Kitas, sozialem Wohnungsbau, Krankenhäusern, öffentlichem Nahverkehr, kommunaler Infrastruktur, Alterssicherung, ökologischem Umbau, Klimagerechtigkeit und internationaler Hilfe zur Selbsthilfe.

Auch sicherheitspolitisch bringt eine Debatte nichts, die zusätzlich Unsummen für die militärische Aufrüstung fordert. Stattdessen brauchen wir mehr Mittel für Konfliktprävention als Hauptziel der Außen- und Entwicklungspolitik. Militär löst keine Probleme. Schluss damit. Eine andere Politik muss her.

Damit wollen wir anfangen:

Militärische Aufrüstung stoppen, Spannungen abbauen, gegenseitiges Vertrauen aufbauen, Perspektiven für Entwicklung und soziale Sicherheit schaffen, Entspannungspolitik auch mit Russland, verhandeln und abrüsten.

Diese Einsichten werden wir überall in unserer Gesellschaft verbreiten. Damit wollen wir helfen, einen neuen Kalten Krieg abzuwenden.

**Keine Erhöhung der Rüstungsausgaben –
Abrüsten ist das Gebot der Stunde**

Hinweise der Initiative:

Zeitung bestellen

Bestellung der Zeitung per E-Mail an info@abruesten.jetzt oder über das Bestellformular auf abruesten.jetzt/zeitung/

Wir bitten um einen Kostenbeitrag für Porto und Druckkosten in Höhe von: 50 Stück für 5 €; 100 Stück für 10 €; 200 Stück für 15 €; 500 Stück für 30 €; 1.000 Stück für 50 €

Plakate und Aufkleber

Plakate und Aufkleber können unter www.friedenskooperative.de/shop bestellt werden.

Kleinere Bestellungen gerne gegen Spende (ab 5 Plakaten betragen die Kosten 1 Euro; 10 Aufkleber gibt es für 1 Euro; 100 Aufkleber für 5 Euro).

Unter abruesten.jetzt steht das Plakat auch kostenlos als Download zur Verfügung.

Unterschriftenlisten

Unterschriftenlisten können über frieden-und-zukunft@t-online.de oder friekoop@friedenskooperative.de bestellt werden.

Alle Materialien gibt es auch kostenlos zum herunterladen auf der Webseite abruesten.jetzt/downloads/

Und nicht vergessen:

**Friedensarbeit kostet Geld.
Bitte spendet!**

Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V.

IBAN: DE20 5005 0201 0200 0813 90

BIC: HELADEF1822

Stichwort: Abrüsten jetzt

(Spendenbescheinigungen können ausgestellt werden.)

KONTAKT:

Initiative **abrüsten statt aufrüsten** | Marienstraße 19/20, 10117 Berlin | Tel.: 030 28482482 | Fax: 030 3199668 | Facebook: @abruesten | Twitter: @abruesten_jetzt | E-Mail: info@abruesten.jetzt | Web: www.abruesten.jetzt | Bestellung der Zeitung über unsere Website: www.abruesten.jetzt/zeitung

IMPRESSUM:

Redaktion: Reiner Braun, Kristine Karch, Pascal Luig, Karl-Heiz Peil, Leonie Schmid, Lucas Wirl
V.i.S.d.P.: Reiner Braun | Layout: Ronald-Schrodt.de